

Teil IV: Erweiterungen und Vertiefungen

7. Chronologisches zur Griechenland- und Eurokrise

Hans-Jürgen Arlt, Wolfgang Storz

Drucksache „Bild“ – Eine Marke und ihre Mägde

Die „Bild“-Darstellung der Griechenland- und Eurokrise 2010

**Eine Studie der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt/Main 2011**

Teil IV: Erweiterungen und Vertiefungen

1. „Ich hoffe, dass in den Verlusten auch ein Zeichen von Abwendung steckt“
Interview mit Günter Wallraff

2. Befunde und Deutungen der „Bild“-Berichterstattung über die Griechenland- und Eurokrise 2010 im Detail: Handwerk und Machart

3. Befunde und Deutungen der „Bild“-Berichterstattung über die Griechenland- und Eurokrise 2010 im Detail: Inhalte

4. Tagesdarstellung und -analyse der „Bild“-Berichterstattung vom 29. Januar bis 30. Juni 2010

5. Die „Bild“-Herbst-Serie „Wie Griechenland den Euro bekam“

6. Die „Bild“-Kampagne in der öffentlichen Debatte – einige Funde

- 7. Chronologisches zur Griechenland- und Eurokrise

Neben diesem Teil IV, der die empirische Analyse und die inhaltliche Bewertung der „Bild“-Darstellung der Griechenland- und Eurokrise 2010 in der Printfassung erweitert und vertieft, informiert die Otto Brenner Stiftung unter www.bild-studie.de laufend und zeitnah über die Studie.

Wir machen Reaktionen auf die Studie öffentlich zugänglich, stellen Material zur Studie zur Verfügung, kündigen Termine von Veranstaltungen zur Studie an und verlinken zu interessanten Seiten, die sich auch mit „Bild“ beschäftigen.

7. Chronologisches zur Griechenland- und Eurokrise

Ein chronologischer Überblick rekapituliert zur Orientierung der Leser dieser Studie ausgewählte Ereignisse im Rahmen der Griechenland- und Eurokrise 2010.

● 19. Januar 2010

ARD tagesschau.de meldet: „An einen griechischen Staatsbankrott glauben die Finanzminister der Euroländer nicht – aber dennoch steht das Land bei den Beratungen der Minister in Brüssel am Pranger: Viel zu hoch sind Haushaltsdefizit und Verschuldung, und auch das Vertrauen in die Daten aus Athen hat massiv gelitten.“

● 26. Februar 2010

Nach Medienberichten verhandelt Josef Ackermann, Deutsche Bank, mit dem griechischen Ministerpräsidenten über ein Hilfsprogramm im Umfang von 30 Milliarden Euro, finanziert von einem Konsortium aus Privatbanken und der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Griechenland hätte dafür einen Zins von 6,1 Prozent zahlen müssen. Jedoch lehnt nach Medienberichten die Bundesregierung die Beteiligung der KfW aus zwei Gründen ab: Sie will sich nicht an einem Geschäft der Banken beteiligen, die Geld für ein Prozent von der Europäischen Zentralbank (EZB) leihen und dieses mit einem vielfachen Zins an Griechenland weiterreichen. Und sie befürchtet Kreditausfälle, so dass der Steuerzahler erneut deutschen Banken helfen müsse.

● 1. März 2010

EU-Wirtschaftskommissar Rehn verlangt von Griechenland Sparmaßnahmen, um das Schuldenproblem in den Griff zu bekommen. Die Maastricht-Kriterien, denen zufolge die Neuverschuldung maximal drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen darf, hat Griechenland nur ein einziges Mal in elf Jahren erfüllt. Seine kumulierte Staatsverschuldung beträgt 125 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

● 15. März 2010

Die Finanzminister der Eurozone einigen sich auf die „technischen Modalitäten“ einer Finanzhilfe für Griechenland.

● 24. März 2010

Die deutsche Regierung bekräftigt ihre Ablehnung deutscher Finanzhilfen für Griechenland. Der Euro fällt gegenüber dem Dollar auf den tiefsten Stand seit Mai 2009. Im frühen Handel kostete die Gemeinschaftswährung 1,3408 Dollar. Ein Dollar war damit 0,7458 Euro wert.

● 25. März 2010

Die EU beschließt ein mehrstufiges Beistandsverfahren für Griechenland.

● Im April 2010

Die Bundesbank veröffentlicht neue Zahlen, nach denen in den Jahren 2008 und 2009 53 Prozent der Brutto-Neuverschuldung des Staates „auf Rettungsmaßnahmen zugunsten von Finanzinstituten im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise“ zurückzuführen sind.

● 22. April 2010

Die Ratingagentur Moody's senkt die Kreditwürdigkeit von Griechenland um eine Stufe, von bisher „A2“ auf „A3“. Das Europäische Statistikamt stellt fest, dass im Jahr 2009 die Neuverschuldung Griechenlands 13,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt.

● 23. April 2010

Griechenland stellt bei der EU und beim Internationalen Währungsfonds (IWF) offiziell Anträge auf Finanzhilfe.

● 26. April 2010

Der Kurs griechischer Staatsanleihen sinkt um mehr als 4 Prozent, sie finden trotzdem kaum Käufer. Die Rendite der zweijährigen Titel steigt um 3 Prozentpunkte auf 13 Prozent.

Auch die Finanzierungsbedingungen Portugals verschlechtern sich. Beide Staaten kämpfen mit steigenden Staatsschulden und einem hohen Leistungsbilanzdefizit.

Die Gerüchte über eine Umschuldung nehmen zu. Bei einem solchen Schuldenschnitt wäre die Stabilität des griechischen Bankensystems unmittelbar gefährdet, so die Ansicht von Experten, da die vier größten griechischen Geschäftsbanken griechische Staatsanleihen im Wert von 40 Milliarden Euro halten und lediglich über ein Eigenkapital von 25 Milliarden Euro verfügen.

Nach einer Umfrage von dimap im Auftrag der Tageszeitung „Die Welt“ und von „France 24“ lehnen 57 Prozent der Deutschen eine Unterstützung von Griechenland mit Milliarden-Krediten als „schlechte Entscheidung“ ab.

● 27. April 2010

Schwarzer Dienstag für die Eurozone: Der Euro fällt am Dienstagabend mit einem Wert von 1,3170 Dollar auf ein neues Jahrestief. Die Ratingagentur Standard & Poor's stuft griechische Staatsanleihen um drei Stufen herunter auf „BB+“, also auf „Ramschniveau“. Die Begründung: Die Zweifel mehrten sich, ob die griechische Regierung in der Lage sei, das vereinbarte Sparpaket gegen den Widerstand in der Bevölkerung durchzusetzen. Am Wochenende zuvor hatte es in Griechenland mehrere gewalttätige Demonstrationen gegeben. Die größten griechischen Gewerkschaften rufen für den 5. Mai zu einem Generalstreik auf.

Die Folge der Herabstufung: Die Kurse der Staatsanleihen fallen erneut beträchtlich.

Bei starken Kurswechseln und bestimmten Einstufungen durch die Ratingagenturen müssen institutionelle Anleger (Banken, Versicherungen, Pensionsfonds etc.) ‚aussteigen‘ und dürfen in solche Anleihen aus Risikogründen nicht mehr investieren.

Die Griechenland-Krise ist endgültig zur europäischen Krise geworden. Ein Dominoeffekt auf den Finanzmärkten wird befürchtet.

● 28. April 2010

Es folgt der schwarze Mittwoch: Auch Spanien wird von der Ratingagentur S & P heruntergestuft. Auf den Märkten bricht Panik aus. Die Risikozuschläge für griechische und portugiesische Staatsanleihen erreichen neue Höchststände. Zweijährige Griechen-Bonds rentieren mit 16 Prozent, zwei Wochen zuvor hatten sie noch bei 6,3 Prozent gelegen.

Der IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn beziffert die notwendigen Hilfen erstmals auf 120 Milliarden Euro bis 2012. Finanzminister Schäuble erklärt: „Es steht die Stabilität des Euros als Ganzes auf dem Spiel.“ Der Medientenor lautet, Griechenland stehe vor dem Staatsbankrott, Europa sei „zum Spielball von Währungs- und Anleihespekulanten geworden, die gut gerüstet in die Auseinandersetzung ziehen“ („Handelsblatt“, 29. April 2010, S. 1).

Ratspräsidentschaft, Europäische Zentralbank und Kommission lehnen es ab, die Banken an der Rettungsaktion zu beteiligen.

● 2. Mai 2010

Die Finanzminister der Eurozone einigen sich auf ein milliardenschweres Finanzpaket, um Griechenland vor dem Schuldenkollaps zu bewahren. Das Land bekommt von den Staaten der Eurozone und vom Internationalen Währungsfonds (IWF) Notkredite in Höhe von 110 Milliarden Euro innerhalb von drei Jahren, vereinbaren die Finanzminister bei einer Sondersitzung in Brüssel.

● 5. Mai 2010

Nach Medienberichten spricht Jochen Sanio, Deutschlands oberster Finanzaufseher, von einem Angriffskrieg gegen den Euro (vgl. „Spiegel-online“, 5. Mai 2010).

● 6. Mai 2010

Der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou legt dem Parlament sein Sparpaket vor und sagt, es gehe um „das Überleben der Nation“. Das griechische Parlament nimmt das Sparpaket mit den Stimmen der Regierungspartei Pasok an.

● 7./8. Mai 2010

Der Euro-Gipfel in Brüssel beschließt, den Euro notfalls mit Bürgschaften im Umfang von bis zu 750 Milliarden Euro zu stützen.

● 10. Mai 2010

Ein 750-Milliarden-Rettungsschirm soll künftig verhindern, dass Euroländer pleite gehen. Darauf einigen sich die EU-Finanzminister. Bei einem drohenden Staatsbankrott können insgesamt 750 Milliarden Euro über Kredite gewährt werden, geknüpft an Bedingungen zur Haushaltssanierung. Gut ein Drittel der Summe wird der Internationale Währungsfonds aufbringen.

● 19./20. Mai 2010

Portugal muss eine auslaufende Anleihe mit über 6 Milliarden Euro refinanzieren, und es werden griechische Schulden im Umfang von 8,5 Milliarden Euro fällig; für deren Refinanzierung müssen EU und IWF geradestehen.

● 7./8. Juli 2010

Das griechische Parlament verabschiedet mit der Mehrheit der regierenden Sozialisten die Rentenreform für den privaten Sektor, die zentraler Bestandteil des Sparpaketes ist, welches

das Land im Gegenzug zur Kredithilfe im Umfang von 110 Milliarden Euro von EU und IWF umsetzen muss. Konkret: Die Rentenbezüge werden gekürzt, das Rentenalter wird von bisher im Durchschnitt 61,4 auf 65 Jahre für alle angehoben.

● *8. Juli 2010*

Nach einem Bericht des „Handelsblatts“ hat die EU-Kommission Griechenland im Grundsatz ein gutes Zwischenzeugnis ausgestellt. Die Regie-

rung mache Fortschritte bei der Konsolidierung des Haushaltes und die konjunkturelle Entwicklung sei im Einklang mit dem Reformprogramm.

● *September 2010*

Griechenland erhält einen weiteren 9-Milliarden Euro-Kredit von IWF und EU; vorausgesetzt der Prüfbericht der internationalen Kontrolleure bestätigt, dass Griechenland die Vorgaben des Sparpakets einhält.